

ERREIMU TIGEN

№ 10



THEMA ALLES UNSERE JUNGS?

Es sind noch wichtige Dinge zu tun



Gewiss kennen Sie den Spruch über die Geschichte, die, wird sie nicht aufgearbeitet, gezwungenermaßen wiederholt wird. Dieser Satz hat in Deutschland ein gewisses moralisches Gewicht. Er war der Leitfaden für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Was aber, wenn sich etwas zu wieder-

holen droht, das durchaus aufgearbeitet wurde? Nicht Holocaust und Vernichtungskrieg, sondern etwas viel Kleineres, das nicht allzu lange her ist? Bedeutet eine drohende Wiederholung in dem Fall, dass uns vielleicht am Ende doch das Schicksal leitet? Oder haben wir etwa in der Aufarbeitung versagt? Nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock am Anfang der 1990er Jahre hatte die Bundesregierung einen Plan wie mit dem Rechtsextremismus unter Jugendlichen umzugehen sei. Damit »das« aufhört. Gemeint waren die Angriffe auf Flüchtlinge, Einwanderer, alternative Jugendliche. Damals trauten sich Bund und Länder nicht, »das« genauer zu benennen. Es war, als hätten sie Furcht davor, einen alten, bösen Geist heraufzubeschwören, wenn nur sein Name fällt. So wie in den Geschichten von Harry Potter, wo die Leute immer von »Du-Weißt-Schon-Wer« reden, wenn sie den bösen Zauberer Voldemort meinen. Damals sprach die Bundesjugendministerin Angela Merkel auch nicht von Rechtsextremismus, sondern umschrieb die Sache mit einer ganzen Theorie. Rechte sind nur Jugendliche männlichen Geschlechts aus dem Osten, hieß es erstens und zweitens seien sie gar nicht rechts, sondern arbeits- und jugendclublos. Deswegen dürften sie nicht provoziert werden, etwa durch die Ansiedlung von Flüchtlingen oder Kids mit blauen Haarsträhnen, denn das mache sie aggressiv und gewalttätig. Deshalb bräuchten sie ein Programm gegen Aggression und Gewalt in provokationsfreien Jugendclubs, in denen sie sich vernünftig organisieren könnten. Denn sie sind ja nicht schlecht, nur durch die Wende verunsichert und demokratietechnisch unterernährt. Das Ergebnis war tatsächlich beeindruckend: flächendeckend entstanden Nazibands und Kameradschaftsstrukturen von politisch aktiven jungen Leuten, die freilich eher Hitler gut fanden als die Jugendministerin mitsamt ihrer Segnungen. Diese Täterfixierung in den Programmen hörte ab 2001 auf

und der Bund förderte vielmehr die Zivilgesellschaft vor Ort, damit sie sich des Rechtsextremismus annehme und das nicht nur bei Jugendlichen. Und eben diese Zivilgesellschaft entwickelte sich. Hunderte von Projekten entstanden und tatsächlich wurden diese »Du-Weißt-Schon-Wer« aus dem öffentlichen Bild gedrängt. Nazis, Glatzen, Nasen, Skins – sie sind nicht mehr so allgegenwärtig, wie noch in den 1990ern. Eine große Leistung von Zivilgesellschaft und Verwaltung. Beide haben dazu gelernt. Den »Du-Weißt-Schon-Wer« Rechtsextremismus bekämpft man am besten mit einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Klingt gut, ist gut und wird wohl eine langfristige Aufgabe bleiben.

Der Paradigmenwechsel vom »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« alias »Glatzenpflege auf Staatskosten« hin zum Programm »Civitas« alias »Förderung der demokratischen Bürgergesellschaft« hat gut geklappt. Wieso also taucht in Vorbereitung der neuen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus der Begriff »Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen« wieder auf? Weshalb orientieren sich einige Programmierer wieder an Projekten, in denen Kampfsport angeboten wird, um »sie von der Straße zu holen«? Warum wird dabei übersehen, dass einige der »Sozialarbeiter« selbst der rechten Szene nahestehen? Und nach allem, was man über geschlechterreflektierende Arbeit inzwischen weiß, wieso müssen ausgerechnet mit rechten Kerlen ausgerechnet solche Männlichkeitsrituale zelebriert werden, wie sie auch in der misogynen Naziszene üblich sind? Kickboxen ist nicht schlimm. Im Gegenteil. Kickboxen explizit ohne Mädchen, aber dafür mit hasserfüllten Feindbildern – das ist schlimm. Das ist ein Rollback, wie die offene Jugendarbeit mit Nazikids. Das Wort »offen« bedeutet unter den Bedingungen der Gegenwart, dass gar keine Sozialarbeit mehr stattfindet und die Jungs sich nun nur noch die Schlüssel irgendwo abholen. Die »Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen« kann auf diese Weise ohne weiteres zu einem Revival der »Glatzenpflege« werden. Warum kommt das alles wieder? Wir waren doch alle dabei, als diese Zeiten vorbei zu sein schienen?

Die Antwort werden wir in unser aller Ungenauigkeit suchen müssen. Denn das ist nicht Sache der Verwaltung oder Programmierer allein. Gewiss werden nicht alle Fehler wiederholt. Doch sind noch einige wichtige Dinge zu tun: Rechtsextremismus und Rassismus müssen ernst genommen werden. Schluss mit dem Gerede von »Du-Weißt-Schon-Was«.

Anetta Kabane

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen

»Die öffentliche Auseinandersetzung mit der ganzen Thematik hat die Familien der Opfer stigmatisiert und kriminalisiert«, sagt Birgit Mair. Weil sie findet, dass die Täter des NSU viel zu sehr im Mittelpunkt stehen, hat sie ein ehrgeiziges Projekt geplant: Eine Ausstellung wird durchs Land ziehen und das gesellschaftliche Klima aufarbeiten, in dem der NSU so lange unentdeckt blieb.

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Laute Töne gegen braune Einfalt

Das »Rock gegen Rechts Stralsund« schaut auf eine erfolgreiche Tradition zurück. Schon seit acht Jahren stärkte die Initiative junge Menschen gegen rechte Gewalt: mit »Lauten Tönen gegen braune Einfalt«. Das Projekt verbindet eindrucksvoll Kultur, Politik und rockige Musik mit einem demokratischen Bildungsauftrag. In diesem Jahr geht es vor allem um die Bundestagswahlen – in einer Region, wo die NPD regen Zuspruch erfährt.



Sorgenfreies Kleinstadtleben in Burgstädt?

Burgstädt ist eine beschauliche, kleine Stadt in Mittelsachsen. Ein trügerisches Idyll: wie in vielen ländlichen Gebieten dominieren rechte Gruppierungen das Straßenbild – ein Zustand der von den meisten ignoriert oder verharmlost wird. Vor allem nicht-rechte Jugendliche werden Ziel rechter Übergriffe. Deren selbstbestimmte Interessen umzusetzen, ist Ziel des Projekts »Werkstatt Junge Demokratie«. Erstmals können demokratische Jugendliche auf Augenhöhe mit Verantwortlichen der Gemeinde über ihre Bedürfnisse und Ängste sprechen.

Rechte Frauen im Fokus

Nach der Selbstenttarnung des NSU stand mit Beate Zschäpe schnell auch eine Frau als mutmaßliche Komplizin im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Medien und Sicherheitsbehörden. Die gesteigerte Aufmerksamkeit führte jedoch nicht automatisch zu einer schärferen Wahrnehmung und sachkundigen Berichterstattung über Frauen in der rechtsextremen Szene.

Beate Zschäpe dürfte schlagartig zur bekanntesten Rechtsextremistin Deutschlands geworden sein. Die von rechtsextremen Frauen ausgehende Gefahr wurde an ihrem Beispiel augenscheinlich. Trotzdem reproduzierten viele Medien so-

remen Mann, wenn er – wie Zschäpe – als Organisator der Gruppierung porträtiert würde, ernstere Besorgnis auslösen würde.

Die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung untersucht solche Wahrnehmungsdefizite, die sich gegenüber den Aktivitäten und Einstellungen rechtsextremer Frauen zeigen. Besonders die Konsequenzen dieser Ausblendungen in staatlichem Handeln sowie in Medien und Zivilgesellschaft werden analysiert. Denn dadurch, dass Frauen qua Geschlecht als »friedfertig«, weniger gewalttätig und ungefährlicher als rechtsextreme Männer eingeschätzt werden, können sie oft unerkannt agieren. Neben Beate Zschäpe wirkten eine Reihe weiterer Frauen maßgeblich als Unterstützerinnen des NSU und in dessen Umfeld mit. Auch wenn sich beim Prozess auf der Anklagebank neben Zschäpe nur vier männliche Unterstützer des NSU wiederfinden, trugen rechtsextreme Frauen insgesamt entscheidend zu dessen Organisation bei. Hierbei kam ihnen ihre »Unauffälligkeit« und vermeintliche Harmlosigkeit – besser gesagt: das ihnen gegenüber vorhandene Wahrnehmungsdefizit – zu Gute.

Diese Leerstellen und ihre Folgen untersucht das Projekt »Fokus rechte Frauen« der



gleich das übliche Klischee von der unpolitischen Frau und Mitläuferin und spekulierten in einem Atemzug über das Liebesleben der mutmaßlichen Terroristin.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Zschäpe bereits versucht, Spuren zu beseitigen, indem sie das Wohnungsversteck in Brand setzte, Helfer/innen und Angehörige ihrer Komplizen über die neue Situation informiert und die Bekennervideos der Terrorzelle verschickt. Zudem gelang es ihr, sich vier Tage lang der Verhaftung zu entziehen und unkontrolliert im Bundesgebiet zu bewegen. Nach wie vor ist unklar, auf welchem – offenbar konspirativen – Weg Zschäpe vom Tod ihrer zwei Mittäter erfuhr. Auch Waffen, Geldmittel und Ausweispapiere könnten theoretisch unbeobachtet an Unterstützer/innen und an weitere unbekannt gebliebene Mittäter/innen weitergereicht worden sein.

Die Anklageschrift sieht Zschäpe als eines von drei gleichberechtigten Mitgliedern des NSU. Sie soll für den Anschein von Normalität gesorgt haben, aber auch an der Beschaffung von Schusswaffen und Ausweispapieren beteiligt gewesen sein. Medial wurde und wird jedoch angesichts dieser Situation kaum Besorgnis vermittelt. Es drängt sich die Frage auf, ob die geschilderten Aktivitäten nicht bei einem rechtsext-

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus anhand von Fallbeispielen. Neben Zschäpe gehört hierzu auch die Sportlerin Nadja Drygalla, die nach Bekanntwerden ihrer Beziehung zu einem Neonazi die Olympischen Spiele verließ und daraufhin in den Medien als »harmlose« und »unpolitische« Frau dargestellt wurde. Auch Fragen, die sich bei einem Ausstieg von Frauen und Müttern aus der Szene stellen, müssen in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Medienschaffenden will die Fachstelle mit den Erkenntnissen helfen, fundiert über Frauen in der Neonazi-Szene zu berichten. Im Rahmen einer bundesweiten Vernetzung werden Handlungsempfehlungen für die geschlechterreflektierende Arbeit gegen Rechtsextremismus erstellt, die die derzeitigen Defizite beheben können. Darüber hinaus wird die Fachstelle den inhaltlichen Austausch mit europäischen Partnern anregen. Aktuelles aus dem Projekt, das von den Open Society Foundations unterstützt wird:

www.gender-und-rechtsextremismus.de

Von Ulrich Overdieck

Foto: Frauen gewinnen zunehmend an Bedeutung für die rechte Szene

AUSGEKICKT



Der Verein »Manne e.V.« arbeitet in seinem Projekt »Gratwanderung« mit männlichen Jugendlichen – mit dem Ziel, diese zu unterstützen, sich von rechtsextremen Gruppen und Einstellungen zu lösen. Erst die öffentliche Thematisierung der Nähe des Mitarbeiters Mario Schulze zur rechten Szene führt dazu, dass dieser seine Arbeit für den Verein beendet.

Mario Schulze, Europameister im Kickboxen, wird dem rechtsextremen Milieu zugeordnet. Er war in 2011 mit weiteren Personen am Flughafen Dresden aufgefallen; sie trugen T-Shirts mit der Aufschrift »A. H. Memorial Tour 2011« und »Seit 66 Jahren vermisst. Du fehlst uns. Wir brauchen Dich.« Das Kürzel A. H. stand für Adolf Hitler, gegen die Beteiligten wurde Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Darüber hinaus ist Schulze befreundet mit Markus Walzuck, ebenfalls Kickboxer, der vom Verfassungsschutz als »Rechtsextremist [eingestuft wird], der bei seinen Kämpfen ungeniert öffentlichkeitswirksam rechtsextremistische Symbolik zur Schau stellt.« Seit Anfang des Jahres wurde Walzuck wegen äußerst brutaler Körperverletzung gesucht. Bei seiner Festnahme im Mai 2013 in Salzburg war auch Mario Schulze anwesend.

Nach öffentlicher Kritik distanziert Schulze sich floskelhaft von rechtsextremer Gesinnung, andererseits stellt er den Strafbefehl aufgrund des T-Shirt Tragens infrage, für ihn sei nicht plausibel, was an der Aufschrift justiziabel und damit problematisch sei. Manne e.V. verbürgt sich für den Kollegen, der »für unsere Arbeit brennt«. Doch wie kann eine Person Jugendliche vom Weg in die Neonazi-Szene abbringen, wenn sie selbst geschichtsrevisionistische Positionen vertritt und sich nicht damit auseinandersetzt?

Dass eine Verbindung zwischen rechten Einstellungen und Kampfsport-Angeboten besteht, zeigt die zunehmende Unterwanderung vieler Kickboxvereine durch Neonazis. Gerade das Versprechen der Überlegenheit durch Leistung und Stärke ist für viele männliche Jugendliche ein Einstiegsmotiv in die rechte Szene. Es geht nicht darum, Kampfsport generell in Frage zu stellen. Doch diese Männlichkeitspraxen zu hinterfragen, ist für die pädagogische Arbeit ebenso notwendig, wie neonazistische Einstellungen zu erkennen und hinterfragen.

Der Fall zeigt exemplarisch, welche Schwierigkeiten es durch fehlende fachliche Standards in der Arbeit mit rechtsextrem Orientierten nach wie vor gibt. So arbeitet »Manne e.V.« über mehrere Monate mit Mario Schulze – wohl gemerkt als Kollegen! – zusammen, obwohl sie von dessen Kontakten in die Szene und dessen Schwierigkeiten wissen, sich von rechten Positionen zu distanzieren. Letztlich beendet nicht der Verein die Zusammenarbeit, die Mitarbeiter scheinen dies eher zu bedauern und als Folge eines Drucks von Außen als Zumutung und Ungerechtigkeit zu erleben. Auch Mario Schulzes Papier hierzu liest sich eher wie eine Opferdarstellung. Ohne kritische Selbstreflexion jedoch bleibt pädagogische Tätigkeit grundsätzlich an der Oberfläche und kontraproduktiv.

Die ausführliche Begründung ist zu finden unter www.gender-und-rechtsextremismus.de

Von Esther Lehnert und Heike Radwan
Foto: naufragoenlasopa (CC BY-NC-ND 2.0)

KURZMELDUNGEN

Land Brandenburg arbeitet rechte Morde auf



In Brandenburg werden alle Mordfälle seit 1990 neu aufgerollt, bei denen ein rechtsextremistischer Hintergrund vermutet wird, die aber nicht als rechtsextreme Gewalttaten registriert sind. Das Land finanziert ein Forschungsprojekt, das auch vom Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung beraten wird. Die Landesregierung erkennt nur 9 Todesopfer rechter Gewalt an, die Stiftung zählt weitere 21 Todesopfer. www.opferfonds-cura.de

Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013



Auch in diesem Jahr werden die Aktionswochen gegen Antisemitismus wieder stattfinden. Gemeinsam mit Partnerprojekten vor Ort führt die Amadeu Antonio Stiftung die Kampagne durch – für ein deutliches Signal gegen Antisemitismus. Bundesweit werden wieder Aktionen und Veranstaltungen auf die verschiedenen Formen des aktuellen Antisemitismus hinweisen. www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de

Sächsischer Förderpreis für Demokratie



Die Ausschreibung für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie hat begonnen! Initiativen, die sich vorbildlich für die Demokratie in ihrer Region engagieren und sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen, können sich bewerben oder vorgeschlagen werden. Die Verleihung findet am 7. November in der Synagoge Dresden statt. www.demokratiepreis-sachsen.de

Institutioneller Rassismus – eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft



Nach dem kollektiven Versagen der Ermittlungsbehörden im Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds gewinnt die Diskussion über den sogenannten »institutionellen Rassismus« an Bedeutung.

Nach und nach kommt schwerwiegendes Fehlverhalten der Ermittelnden zutage, das rational nicht zu erklären ist. Die Behörden ermittelten fast ausschließlich im Umfeld der Opfer mit Migrationshintergrund. Das macht deutlich: Es geht nicht nur um den Rassismus ausgehend von einzelnen Beamtinnen und Beamten. Wir müssen auch über Diskri-

minierung reden, die institutionell verankert ist, wie z.B. beim Verfassungsschutz oder der Polizei.

Ein konkretes und greifbares Problem der Polizeiarbeit sind die »verdachtlosen« Personenkontrollen, das sogenannte »racial profiling«. Dabei handelt es sich laut Deutschem Institut für Menschenrechte um »die Praxis, das physische Erscheinungsbild, sogenannte ethnische Merkmale oder die »Rasse« einer Person als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen heranzuziehen«. Eine zulässige Praxis, wie ein Gericht erst 2012 bestätigte.

Einen großen Beitrag gegen diese gängigen Praktiken können und müssen zivilgesellschaftliche Organisationen leisten. Die Amadeu Antonio Stiftung widmet sich bereits seit Jahren diesem Problemfeld. So unterstützt sie beispielsweise das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V., das Betroffene bei juristischen Auseinandersetzungen begleitet. Gemeinsam mit dem BUG hat die Stiftung die Vernetzungstagung »Struktureller/ institutioneller Rassismus in der Polizei« veranstaltet. Ziel war es, Nichtregierungsorganisationen

(NGOs), Wissenschaft und Experten zusammen zu bringen und zu vernetzen. Zwar gibt es bereits Initiativen, die sich gegen strukturellen Rassismus engagieren, doch eine bundesweite Vernetzung steht erst am Anfang. Hierzu haben die deutschen NGOs Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zu institutionellem Rassismus und racial profiling getroffen.

Zentrale Forderungen der Teilnehmenden waren beispielsweise die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die auch die Zivilgesellschaft miteinbezieht. Die verstärkte Sensibilisierung der Polizistinnen und Polizisten durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie eine Rechenschaftspflicht der Beamtinnen und Beamten sind ebenso unerlässlich. Basis der Forderungen sind die 70 Empfehlungen der Macpherson Kommission in Großbritannien, die Ende der 1990er Jahre den Fall des ermordeten schwarzen Teenagers Stephen Lawrence untersuchte. Seitdem werden dort rassistische Vorfälle als solche registriert, wenn die Betroffenen dies fordern.

Die verstärkte Unterstützung und Vernetzung von NGOs, Wissenschaft und internationalen Akteuren ist unabdingbar, um institutionellen Rassismus nicht nur in Deutschland zu bekämpfen. Nur so kann in Zukunft verhindert werden, dass durch solch strukturelles Versagen wie im Falle des NSU der Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat in Gefahr gerät.

Von Assabli Alla und Gesine Lenkewitz
Foto: agfreiburg (CC BY-NC-SA 2.0)

Antisemitismus ist kein Extremismusproblem

Debatten um Antisemitismus und mit antisemitischen Inhalten finden in scheinbar immer kürzeren Abständen in Deutschland statt. Sie drehen sich meist um die Frage, was in Bezug auf Israel Kritik und was Antisemitismus ist.

Um diese Frage ging es bei den Debatten um die Linkspartei, dem Israel-Gedicht von Günter Grass und den Kolumnen von Jakob Augstein. Aber auch »klassischer« Antisemitismus ist keine Seltenheit in solchen Debatten. Auf dem Höhepunkt der sogenannten Beschneidungsdebatte schaltete Marieluise Beck, Bundestagsabgeordnete der Grünen, ihre Facebookseite ab, weil diese mit Massen an antisemitischen Kommentaren überzogen wurde. Auch die Diskussionen um Günter Grass und Jakob Augstein zogen zahlreiche antisemitische Leser-Kommentare in vielen Zeitungen mit sich.

Diese Beispiele spiegeln einen Trend wider: Die öffentliche Ächtung von Antisemitismus lässt immer stärker nach. Auch eine Untersuchung von Leserbriefen zum Nahostkonflikt großer überregionaler Zeitungen offenbart dies. Zwischen

2004 und 2006 waren demnach 9,2 % der Zuschriften antisemitischen Inhalts. Zwischen 2010 und 2012 waren es schon 37%. Die Vielzahl an Debatten vermittelt einen falschen Eindruck – die Sensibilität für Antisemitismus steigt nicht, sie sinkt rapide.

Diese Antisemitismusdebatten schaffen es jedoch in keinen Verfassungsschutzbericht, werden nicht von der dort vorherrschenden Extremismustheorie als demokratiegefährdend erfasst. Können sie auch nicht, da diese davon ausgeht, dass es in einer Gesellschaft eine demokratische politische Mitte gibt und extreme Ränder, die die Demokratie bedrohen. Der Trugschluss ist nicht, dass es Gruppierungen gibt, die die Demokratie abschaffen wollen – sondern dass jenseits dieser Positionen die Demokratie nicht vehement gefährdet ist.

Wer Antisemitismus nicht als gesamtgesellschaftlichen Missstand begreifen kann oder will, sorgt unweigerlich für seine Verharmlosung. Antisemitismusprävention unter dem Diktum der Extremismustheorie ist somit ein Widerspruch in sich selbst. Wer Antisemitismus bekämpfen will, darf sich

nicht nur auf demokratiefeindliche Gruppierungen konzentrieren. Hinzu kommt, dass aktuelle Formen von Antisemitismus vielfach nicht erkannt werden. Die angesprochenen Debatten um Grass, Augstein und die Linkspartei haben gezeigt, dass sich gerade bei der Betrachtung Israels viele, auch Pädagoginnen und Pädagogen, unsicher sind, wo Antisemitismus beginnt. Schon 2012 hatte die Amadeu Antonio Stiftung dazu eine Handreichung herausgegeben, die innerhalb weniger Wochen vergriffen war. Angesichts des weiter steigenden Handlungsbedarfs gibt es jetzt eine stark überarbeitete Neuauflage. Diese legt einen stärkeren Fokus auf die Frage, wie bei der Betrachtung Israels zwischen Kritik und Antisemitismus unterschieden werden kann, was dabei zu beachten ist und wie pädagogische Handlungsmöglichkeiten aussehen können.

Die Broschüre »Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus« kann bei der Stiftung gegen Versandkosten bestellt werden.

Von Jan Riebe

»ju:an« in Hannover: Jugend- und Stadtteilarbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Teilnehmerinnen des »Girls Poetry«-Workshops im Jugendzentrum Sablkamp

Das Stiftungsprojekt »ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien« kann in Hannover eine erfolgreiche Zwischenbilanz ziehen: Die Beschäftigung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurde in der Partnereinrichtung Jugendzentrum Sablkamp zum integralen pädagogischen Bestandteil gemacht. Jugendliche setzten sich in diversen Veranstaltungen mit dem Thema auseinander. Durch theater- und medienpädagogische Empowerment-Trainings für Mädchen of Color, »Girls Poetry«-Workshops oder Diskussionsrunden über die Identität von Muslimas eroberten Mädchen sich eigene Räume für ihren inhaltlichen Austausch. Und auch im Stadtteil wird verstärkt über Rassismus und Antisemitismus diskutiert – zuletzt Ende Mai bei einer Veranstaltungswoche rund um das Thema Heimat mit Workshops, Filmen und Diskussionsrunden, zu der »ju:an« spannende Expert/innen in den Sablkamp einlud.

Von Susanna Harms

Zurück zur Glatzenpflege?

Als Anfang der 1990er Jahre die rassistischen Übergriffe massiv zunahm, reagierte die Bundesregierung mit einem Programm gegen Aggression und Gewalt, das den Ansatz akzeptierender Jugendarbeit beinhaltete. Die pointierte Kritik an dem Programm: »Glatzenpflege auf Staatskosten«. Rechtsextreme Jugendliche konnten sich in staatlich finanzierten Räumen ideologisch schulen und ihre Kampfkünste trainieren. Zwanzig Jahre später besteht die Gefahr, dass Fehler wiederholt werden.

Wenige Monate nachdem der 23-jährige Thorsten Lamprecht 1992 von Skinheads erschlagen wurde, besuchten die Ministerinnen Angela Merkel und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger einen Magdeburger Jugendclub, der als Nazi-Treffpunkt galt. Auch Beteiligte des Überfalls wurden dort vermutet. Harmonische Gruppenfotos dokumentieren den Besuch: die Ministerinnen umringt von kahlrasierten jungen Männern in Bomberjacke. Ein anderes Bild zeigt einen der Skinheads am Rande des Treffens, schelmisch lächelnd und den Arm zum Hitlergruß erhoben. So skurril diese Fotos aus heutiger Sicht anmuten, so bedrückend wirken sie als Zeugnis einer fatalen Fehlwahrnehmung rechtsextremer Einstellungen unter Jugendlichen.

Die gewalttätigen rassistischen Pogrome in Hoyerswerda

und Rostock waren der Höhepunkt einer verantwortungslos geführten Asyldebatte. Während die rechten Täter nur halbherzig verfolgt wurden, fühlten sich viele Politikerinnen und Politiker in ihrer Haltung bestätigt, dass eine weitere Zuwanderung die rassistischen Einstellungen noch befördern würde. Die gewalttätigen Übergriffe wurden als »Volkes Wille« umgedeutet, dem nachgegeben werden müsse, um Schlimmeres zu verhindern. Große Teile des liberalen Asylrechts wurden mit breiter Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP faktisch abgeschafft. Eine Bankrotterklärung staatlichen Handelns: vor den Augen der jubelnden Menge werden die angegriffenen Asylsuchenden zu Unterküften in abgelegenen Wäldern abtransportiert und nicht geschützt.

Die Wahrnehmung des Problems bezog sich allein auf jugendliche Täter. Dass die große Mehrzahl der Bevölkerung deren Einstellungen teilte und unterstützte, geriet dabei aus dem Blick. Eine Einschätzung, die eine Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Ursachen der Pogrome stellte. Ein mit 20 Millionen D-Mark pro Jahr ausgestattetes »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« sollte die Jugendhilfestrukturen in den Neuen Ländern etablieren und Antworten auf die »Probleme der Jugend« geben. In der praktischen Umsetzung sah das so aus, dass die jugendlichen

Rechtsextremen mit Freizeitaktivitäten wie Fahrten, Selbstverteidigungskursen und betreuten Wohngemeinschaften belohnt wurden.

Glatzenpflege auf Staatskosten

Mit Stolz verkündete die damalige Bundesjugendministerin Angela Merkel, dass es endlich gelungen sei »junge, bisher gewaltgeneigte Menschen in sinnvolle Projekte einzubinden und gewalttätigen Ausschreitungen vorzubeugen«. Auch vermeintliche Erfolgsgeschichten konnte das Ministerium benennen: nach zähen Verhandlungen entfernten Neonazis die Reichskriegsflagge vom Dach ihres staatlich geförderten Jugendclubs. Und auch bei einer Gruppe Nazi-Skinheads aus einer Lehrlingswerkstatt in Halle war der Erfolg sichtbar: »anfangs hatten die alle eine Glatze, aber inzwischen sehen sie wieder normal aus«.

Die Sicherheitsbehörden vermeldeten anderes. Die Zahl der Gewalttaten stieg erheblich an, besonders unter Jugendlichen. Und auch die Städte mit staatlich finanzierten Antigewaltprojekten blieben weiterhin als Brennpunkte zu betrachten. Der unpolitische Titel des Programms deutet die fatale Fehleinschätzung des Problems durch politisch Verantwortliche bereits an. In der Praxis waren viele ungeschulte Personen



»Die Macher sollten wissen, was sie tun«

Als Kriminalpolizist kämpfte Bernd Wagner in der DDR und in der Bundesrepublik gegen Rechtsextremismus. Im Jahr 2000 gründete er mit Unterstützung der Stiftung die Aussteigerinitiative EXIT.

In den 90er Jahren sahen sich die Neuen Bundesländer mit einer scheinbar plötzlich auftretenden rechtsextremen Jugendszene konfrontiert. Woher kamen diese Strukturen?

Die 90er Jahre waren von der militanten Aktion nazistischer Rechtsradikaler in Ost und West gekennzeichnet. Sie entsprach der damaligen Hoffnung auf einen von der Bevölkerung mitgetragenen »nationalen Aufbruch«. Der Staat und die Politik erschienen führungsschwach, die nazistische Bewegung stark. Die Potenziale wurden zusammengezogen und formierten sich zu militanten Netzwerken. Sie brachten den Rechtsradikalismus aus der DDR und der BRD zusammen. Auch parteipolitisch gab es mit der NPD wieder eine Aufwärtsbewegung der Rechtsradikalen.

Wie verlief die Vereinigung der Nazi-Szenen aus Ost und West?

Die Führer aus beiden deutschen Staaten gingen aufeinander zu, alte Kontakte wurden aktiviert. So konnte man auf ehemalige DDR-Nazis, die in den Westen gegangen oder dorthin verkauft wurden zurückgreifen. Leute wie Michael Kühnen waren ohnehin berühmt und wurden mit offenen Armen im Osten empfangen. Kühnen zum Beispiel entwickelte sogar einen speziellen Aufbauplan Ost um zügig an die »Nationale Revolution« heranzukommen.

Wie reagierte die rechtsextreme Szene auf das großflächige Angebot der Jugendarbeit?

Die auf vielfältigen Fehlanalysen fußende »akzeptierende Jugendarbeit« wirkte auf die Rechtsextremisten wie ein Geschenk des Himmels: Räume und Schutz waren nicht selten

der Ertrag für die braune Szene. Das Ganze entglitt der Absicht die jungen Rechtsradikalen wieder auf einen demokratischen und gewaltfreien Weg zu bringen, weil die Entwicklungen missverstanden wurden. Das spricht nicht gegen die Idee mit jungen Rechtsradikalen zu arbeiten. Es gab auch einige Projekte die erfolgreich waren. Jedoch sollten die Macher wissen was sie tun. Dabei sind Sozialpädagogen keine Wundertäter – was von ihnen erwartet wurde. Es beginnt schon damit, zu verstehen, dass Rechtsradikalismus kein Jugend- und Sozialisationsproblem ist, auch wenn Jugendliche oft auffällige Symptomträger sind. Leider haben Sozialpädagogik und Repression, mithin auch die Politik bis heute nicht allzu viel dazugelernt.

Als wissenschaftliche Begleitung übten sie früh Kritik am »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«.

Das »Aktionsprogramm« der damaligen Jugendministerin in den neuen Bundesländern war als Idee zeitgerecht und vernünftig. Verhängnisvoll wirkte sich das fachliche Paradigma aus, was dem Programm unterlegt wurde.« In den Mittelpunkt geriet die Vorstellung des Rechtsradikalismus als sozialisatorischen Defekts. Die kritiklose Übernahme der unter westdeutschen Verhältnissen kleinteilig zu Recht erprobte »akzeptierenden Jugendarbeit« tat ein Übriges. In einigen östlichen Bundesländern und Kommunen wurde die »akzeptierende Jugendarbeit« zu einem größeren Feldversuch aufgeblasen, von den Vertretern wie eine Gottheit verehrt. Es wurde ein Geschäft und von seinem sozialen und politischen Sinn entleert.

Ist es in einem von Staatsversagen geprägten Sozialraum überhaupt möglich, eine ausstiegsorientierte Jugendarbeit aufzubauen?

Ich erwarte derzeit kein strategisches staatliches Handeln im Feld der Auseinandersetzung mit freiheitsfeindlichen



Bestrebungen außer dem verfassungsrechtlich gebotenen Schutz von potenziellen Opfern, der systemisch nur schlecht gewährleistet wird. Die Bürokratie sollte sich darauf konzentrieren günstige Rahmenbedingungen zu stellen und keine exekutive Überwachung der Bürgerinitiative und der fachlichen Profis. Wenn der Staat auf allen Ebenen einen paradigmatischen Wandel einleiteten würde, wäre es möglich, eine sinnvolle deradikalisierende, ausstiegsorientierte Jugendarbeit aufzubauen und zu qualifizieren. Dann können die wertbaren Erfahrungen der Jugendarbeit mit Rechtsradikalen zur Geltung kommen und Impulse für die demokratische Kultur insgesamt gesetzt werden.

Das Interview führte Robert Lüdecke. Die ausführliche Fassung finden Sie auf www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Foto: Kai Wiedenböfer

mit dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit überfordert. Sie verstanden ihre Aufgabe nicht darin, die Ideologie der Jugendlichen zu hinterfragen, sondern akzeptierten diese als Ausdruck von Desintegration und Orientierungslosigkeit. Rechtsextreme Äußerungen und Gewalt wurden so als Mittel zur Erfahrung von Anerkennung toleriert und zu Symptomen anderer Ursachen kleingeredet. Die Folgen waren verheerend: die menschenfeindlichen Einstellungen nicht zu thematisieren, heißt diese gesellschaftlich zu rehabilitieren.

Vom Jugendclub zur national befreiten Zone

Auch Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die später als »Nationalsozialistischer Untergrund« mordend durch die Bundesrepublik zogen, lernen sich in einem Jenaer Jugendclub kennen, wo gewaltbereite, rechtsextrem orientierte Jugendliche verkehren. Der Sozialarbeiter von damals erinnert sich an die Gäste, die seit der Eröffnung des Clubs regelmäßig kamen – später nur noch »um zu provozieren«. Doch da hatten sie sich längst radikalisiert, betrachteten den Stadtteil als »national befreite Zone«, die zum Angstraum für alternative Jugendliche und alle die wurde, die innerhalb eines rechten Weltbildes als Feind gelten.

Auf eine zunehmende rechtsextreme Alltagskultur reagiert die Amadeu Antonio Stiftung, die sich 1998 mit zwei zentralen Motivationen gründet. So sollen Betroffene rechter Gewalt unterstützt und ihre Situation in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Und diejenigen Menschen geför-



Foto: Archiv telegraph

dert, die sich für eine demokratische Kultur einsetzen. Die Antwort auf das Problem kann nur eine gesamtgesellschaftliche sein: die Stärkung einer generationen- und milieubereifenden Alltagskultur, die Alternativen zum rechten Mainstream öffnet.

Kampf gegen Rechts als Staatsräson?

In Reaktion auf einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf im Jahr 2000 lässt sich ein Perspektivwechsel im staatlichen Umgang erkennen. Die Amadeu Antonio Stiftung berät die damalige Regierung zur Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Mit neuen Bundesprogrammen werden Mobile Beratungsteams unterstützt, die Engagierte und Kommunen bei der Stärkung demokratischer Strukturen beraten. Betroffene rassistischer Gewalt finden Hilfe bei Opferberatungsstellen. Und es werden zivilgesellschaftliche Projekte aufgelegt, die das Engagement für eine demokratische Gesellschaft gegen menschenfeindliche Ideologien finanziell absichern.

Doch weil die Förderung immer nur befristet und für modellhafte Projekte erfolgt, können sich die Träger der dauerhaften Finanzierung einmal aufgebauten Strukturen selten sicher sein. Mit immer neuen Ansätzen versuchen die Demokratieprojekte, eine Anschlussfinanzierung für die erworbene Expertise zu sichern. Die Arbeit mit rechtsextrem orientierten stellt in diesen Jahren nicht den Schwerpunkt der Förderpraxis dar. Als in 2012 der Antrag eines Projektes beim Bundesprogramm »Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken« für Aufsehen sorgt, hat das auch damit zu tun, dass es nach wie vor wenig Erfahrung in der Arbeit mit diesem Klientel gibt. Unter dem provokanten Titel »Dortmund den Dortmundern«, der den Sprachgebrauch und Hoheitsanspruch der jungen Neonazis aufgreift, sollen diese mit demokratisch orientierten, darunter auch migrantischen Jugendlichen über die Zukunft der Stadt diskutieren. Obwohl sogar geschulte rechtsextreme Kader explizit eingebunden werden sollen, befindet das Familienministerium das Projekt für förderwürdig. Darf man mit Neonazis diskutieren?

Die Frage die im Raum steht, sind die fachlichen Standards in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem Orientierten: So weiß man aus den Fehlern der 1990er Jahre, dass dringend zwischen Kadern und Orientierten unterschieden werden

muss. Während die Arbeit in Gruppenkonstellationen mit ersteren keinen Sinn macht, bedarf es besonderer Erfahrung für die Arbeit mit Letzteren. Die größte Gefahr: Kader könnten diejenigen schulen, die noch kein geschlossenes Weltbild haben und sie für die rechten Szenen gewinnen. Eine Strategie, die sich auch beim Projekt in Dortmund zeigt: lokale Neonazis zeigen sich auf einschlägigen Internetseiten begeistert, »dem breiten, politisch interessierten Publikum, vor Augen zu führen, warum ein radikaler Politikwechsel in unserem Land unumgänglich ist.« Nach medialer Aufmerksamkeit, fachlicher Kritik aus Theorie und Praxis wird die Förderung schließlich eingestellt. Dennoch bleibt ein Beigeschmack, der an die konzeptuellen Fehler der 1990er Jahre erinnert.

Ausstiegorientierte Jugendarbeit muss ganzheitlich gedacht werden und alle Akteure einschließen. Das als Reaktion auf den NSU gegründete staatliche »BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus« stellt inzwischen begehrte finanzielle Mittel für Bildungsträger bereit, die pädagogische Leitlinien erarbeiten sollen. Langfristige und fachliche Schulungen sind dringend nötig, denn allzu oft werden auch heute geschulte Kader unhinterfragt in die Arbeit eingebunden. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Praxis wäre deshalb unerlässlich. Dem gegenüber steht nach wie vor eine große Handlungsunsicherheit bei Pädagogen und Pädagoginnen im Umgang mit rechten Jugendlichen. Die Gefahr, die Fehler von damals zu wiederholen, ist groß. Die Schnittmengen mit den Ansätzen der 1990er sind unübersehbar. Das beim Arbeitsministerium angesiedelte Programm »Ausstieg zum Einstieg«, das in diesem Jahr ersatzlos endet, kann dafür nicht als Vorbild dienen. Im Vordergrund standen dort Projekte, die den Ausstieg aus der rechten Szene durch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt sollten. Letztlich folgte also auch dieses Programm der 1990er-Logik der fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die rechten Jugendlichen. Präventionsansätze sollten beim Einstieg und nicht beim Ausstieg ansetzen und vor allem rechtzeitig zivilgesellschaftliche Alternativen für Jugendliche unterstützen.

Von Robert Lüdecke
Fotos: © ostblog.de

Foto: Aus ihrer Gesinnung machen die Jungnazis keinen Hehl

Sinti und Roma in Deutschland – es braucht mehr als nur eine Debatte über Armutsflucht

Seit 600 Jahren leben Sinti und Roma in Deutschland, heute sind es ca. 120.000, die eine der größten Minderheitsgruppen in Deutschland bilden. Dennoch sind sie Opfer alltäglicher Diskriminierung, die mit der aktuellen Debatte über Armutsflucht noch befördert wird.

Mal wieder ein NPD Flugblatt: »Zigeunerflut stoppen! Kriminalität bekämpfen!« Mit gängigen Ressentiments schüren Neonazis Ängste. Deutschland sei kein »Selbstbedienungsladen«, die Geflüchteten lägen dem Sozialsystem auf der Tasche.

Tatsächlich lebt der größte Teil der Sinti und Roma hier legal und mit deutscher Staatsbürgerschaft. Etwa 70.000 haben ein zeitlich begrenztes Bleiberecht, ohne Arbeitserlaubnis und mit der ständigen Bedrohung der Abschiebung. In ihren Herkunftsländern leiden viele der Flüchtlinge unter massiver Verfolgung, Repression und Diskriminierung.

Die Angst vor »Überfremdung« oder einer Mehrbelastung des Sozialstaates ist anschlussfähig. Es ist nicht nur die extreme Rechte, die die Stimmung aufheizt. Auch führende Politiker wie Bundesinnenminister Friedrich sprechen von einem Problem mit »Armutsflüchtlingen« aus dem Kosovo und Rumänien. Dabei hat die lange Geschichte der Benachteiligung hat dazu geführt, dass viele Sinti und Roma in schwierigen sozialen Situationen leben und nur schwer Zugang zu Bildung oder Unterstützung finden.

»Selbst können sie sich nicht helfen, in einer Gesellschaft in der erstmal alles Fremd ist!«

Milena Ademovic ist Mediatorin im Projekt Roma-Schulmediation der RAA Berlin. Sie betreut die sogenannte »Will-

kommen Klasse« an einer Grundschule in Berlin-Moabit, wo sie mit Kindern vor allem im Akkord Deutsch lernt, um ihnen den Einstieg in die schulische Laufbahn zu ermöglichen. »Ich bin wie eine Freundin, sie sollen sich bei mir fühlen wie zu Hause, sie sollen Spaß haben, keinen Druck, so lernt man am besten«. Doch Milena ist mehr als Lehrerin: Sie ist vor allem Ansprechpartnerin für Eltern, Kinder und Lehrerinnen und Lehrer.

Die sind dankbar für die Hilfe der Mediatorin, denn alleine würden auch sie daran scheitern, Kinder zu unterrichten, deren Sprache sie nicht sprechen. Der Erfolg gibt dem Projekt recht: durch Hausbesuche, Unterstützung im Unterricht und Gesprächsbegleitung trägt es dazu bei, dass verspätete Einschulung, unregelmäßiger Schulbesuch und vorzeitige Schulabgänge seltener werden und der Lernerfolg sichtbar steigt. Oft sind die Eltern selbst Analphabeten oder sprechen die deutsche Sprache nicht und können ihre Kinder im Schulalltag nicht unterstützen. Mit Spaß, Geduld und Verständnis für die Kultur macht Milena den Kindern und ihren Eltern das Bildungssystem und die Deutsche Sprache zugänglich – und hilft ihnen, sich in der neuen Heimat einzurichten. Es gibt viele Chancen und Möglichkeiten, um den beschwerlichen Weg für Sinti und Roma zu erleichtern. Doch solange Rechts- extreme und demokratische Parteien gleichermaßen Armutsflüchtlinge zur »öffentlichen Gefahr« erklären, werden die Ressentiments kaum aufzulösen sein. Eine sachliche Debatte ist ein überfälliger erster Schritt, weitsichtige Projekte wie die Schulmediation die notwendige Konsequenz.

Von Alina Schittenhelm



»Würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt«



Parkbank am Dessauer Hauptbahnhof, an der Hans-Joachim Sbrzesny (50) am 1. August 2008 zu Tode gequält wurde
Foto: © Stephanie Heide

Mindestens dreizehn Menschen starben in Sachsen-Anhalt seit 1990 in Folge politisch rechts motivierter Gewalttaten: junge Punks, Arbeitsmigranten, Wohnungslose, sozial Randständige, Menschen, die von den Tätern als »politische Gegner« gesehen wurden und Menschen mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen.

Doch lediglich sieben der Getöteten werden in den offiziellen Statistiken auch als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Und bislang beschränkt sich das öffentliche Gedenken in Sachsen-Anhalt auf Dessau-Roßlau und Magdeburg, wo in jährlichen Veranstaltungen an Alberto Adriano, Torsten Lamprecht, Frank Böttcher und Rick Langenstein erinnert wird.

Mit der von der Amadeu Antonio Stiftung geförderten Kampagne will die Mobile Opferberatung diese Situation ändern und sich für ein würdiges, öffentliches und nachhaltiges Gedenken an alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt einsetzen. Damit sollen den oftmals längst vergessenen Opfern auch öffentlich wieder Namen, Gesichter und Geschichten zurück gegeben werden. Zudem soll deutlich werden, dass es jenseits des Terrors des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) eine tödliche Dimension rechter Gewalt gibt, deren Opfer und Angehörige Solidarität und Unterstützung benötigen. Denn noch immer mangelt es vielerorts an Sensibilität für jene ganz alltägliche rechte Gewalt, die das Leben vieler Menschen in Sachsen-Anhalt beeinträchtigt.

»Die Mobile Opferberatung will mit der Kampagne oft vergessene und gesellschaftlich besonders stigmatisierte und marginalisierte Betroffenengruppen politisch rechts moti-

vierter Gewalt in den Fokus der öffentlicher Wahrnehmung rücken«, sagt Zissi Saueremann von der Mobilen Opferberatung. »Dazu gehören insbesondere Wohnungslose sowie Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen.«

In der ersten Phase der Kampagne entsteht eine interaktive Website. Sie wird Fotos und kurze biografische Informationen zu den Getöteten sowie Erinnerungen von Angehörigen und Freundinnen und Freunden, Hintergrundinformationen zu den einzelnen Tötungsdelikten und Beiträge aus unterschiedlichen Medien beinhalten. Aktuelle Fotos von den Tatorten – die bis auf wenige Ausnahmen nicht als solche auffindbar sind – sollen diese für alle sichtbar machen. Die Website ist gleichzeitig auch eine Einladung: Hierfür sucht die Mobile Opferberatung eigene Beiträge von Initiativen, Einzelpersonen, Schulklassen oder Bündnissen vor Ort, um vielen Interessierten die Möglichkeit zu geben, ihre Form des Erinnerns und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema öffentlich darzustellen.

Spätestens im Jahr 2014 werden dann in der zweiten Phase in Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartnern – und wenn möglich auch gemeinsam mit Angehörigen und Freundinnen und Freunden der Getöteten – in den Kommunen sichtbare Orte der Erinnerung an den jeweiligen Tatorten oder an anderen geeigneten Orten im öffentlichen Raum geschaffen. Neben der Installation von Skulpturen, Stelen, Gedenktafeln oder -steinen sollen vor Ort auch mit den Getöteten in Verbindung stehende Geschichten, beispielsweise Interviews mit Anwälten und Nahestehenden des Getöteten als Audiobeiträge zugänglich gemacht werden.

Von Jessica Lütgens

Rechte Demokratiefeinde

Die Amadeu Antonio Stiftung hat ihren neuen Report »Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland« veröffentlicht. Das Fazit: die Verharmlosung durch die Behörden macht es den Rechtsextremen allzu leicht.

Über Jahre wurde der Rechtsextremismus systematisch unterschätzt und allenfalls reflexhaft der Osten als »braun« wahrgenommen. Der Report »Staatsversagen« untersucht nun beispielhaft die Zustände in zehn Orten aus sechs westdeutschen Bundesländern. Viel stärker noch als im Osten dokumentiert er die Bagatellisierung der alltäglichen rechten Gewalt durch Polizei, Justiz und Politik. Dem gegenüber steht das jahrelange beispielhafte Engagement von zahlreichen Initiativen gegen Rechtsextremismus. Doch diese werden allein gelassen und diskreditiert. Betroffene werden nicht ernst genommen, Behörden ermitteln einseitig. Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Reports hat der Mitarbeiter des Wuppertaler Medienprojektes, das selbst Opfer einer über Jahre andauernden Verschleppung von Justizermittlungen nach einem Neonaziüberfall wurde, abschließend festgestellt: »Wenn mir jemand vor zwei Jahren diesen Report gezeigt hätte, hätte ich die Schilderungen und Schlussfolgerungen für völlig übertrieben gehalten. Mittlerweile beschreiben sie aus meiner Sicht das Problem sehr genau.«

Den Worten folgen keine Taten

Die Botschaft des Bundestags nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie und dem Versagen deutscher Sicherheitsbehörden war eindeutig. »Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren«, forderten die Abgeordneten aller Parteien am 22. November 2011. Ob diesen Worten auch Taten folgten, hat die Journalistin und Politikwissenschaftlerin Marion Kraske im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung untersucht. Heraus kam der erste Report »Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren«. Ein Jahr später machte sich die Autorin erneut auf den Weg, um sich ein Bild vom alltäglichen Umgang mit Rechtsextremismus zu machen. Nicht in den vielgescholtenen Osten, sondern in den Westen der Republik. Dort, wo die Terroristen des NSU fast all ihre Morde begangen haben. Und wo laut

aktuellen Studien jeder Fünfte ausländerfeindliche Überzeugungen vertritt. »Quer durch die Republik machen es Polizei, Justiz und Politiker rechten Demokratiefeinden allzu einfach, immer mehr gesellschaftlichen Raum einzunehmen, indem sie demokratische Werte nur halbherzig verteidigen«, so das Fazit der Autorin Marion Kraske. »Auch dort, wo man sich lange Zeit immun glaubte: Im Westen der Republik.« Erschütternde Beispiele machen deutlich: rechtsextreme Straftaten werden von der Polizei nicht konsequent verfolgt, Betroffene schikaniert. »Zu oft werden rassistische Motive bei Straftaten bagatellisiert, werden Opfer zu Tätern gemacht. Rassistische Haltungen sind in Polizei und Justiz ebenso weit verbreitet wie im Rest der Gesellschaft«, so der Befund von Anetta Kahane, der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung.

Verharmlosung rechter Netzwerke ist folgenreich

»Im Westen des Landes konnten sich unbemerkt rechte Netzwerke und Kameradschaftsstrukturen verfestigen. Das Verharmlosen durch Behörden und Kommunen – ein folgenreicher Fehler«, so Kahane weiter. Die Amadeu Antonio Stiftung fordert daher eine strafrechtliche Verfolgung der Verfehlungen innerhalb der Institutionen sowie eine entsprechende Ausbildung der Beamten. Bei Straftaten muss ein rassistisches Motiv automatisch geprüft werden, damit rechte Delikte systematisch erfasst und verfolgt werden können.

Von Carsten Jansen



BESTELLEN:

»Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland.«

Amadeu Antonio Stiftung, bebildert, 44 Seiten
ISBN 978-3-940878-14-4

LOKALE INITIATIVEN GEGEN RECHTS UNTERSTÜTZEN
SPENDENKONTO GLS BANK
BLZ 430 609 67 KONTO 600 500 0000

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Foto-Projekt »Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen«



Der Lebensalltag von Flüchtlingen ist vielen eine unbekannte Realität. Ein Fotografie-Projekt des Flüchtlingsrats NRW hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den schwierigen Alltag der Betroffenen darzustellen.

Je nach Bundesland sind die Wahrnehmung von Flüchtlingen und Gestaltung ihrer Lebenssituation unterschiedlich, doch insbesondere zu Zeiten der Wirtschaftskrise dreht sich die öffentliche Auseinandersetzung um einen vermeintlichen bedrohlichen »Ansturm« von Flüchtlingen. Ohne über die Gründe für Migration, deren beschwerliches Leben in Deutschland oder die Tatsache des Rückgangs der Zahl von Flüchtlingen in Deutschland einzugehen schürt die öffentliche Debatte Vorurteile gegen Schutzbedürftige. Der Tenor erinnert an die 1990er Jahre, wo Medien mit Slogans wie »Das Boot ist voll« vor den »Asylbetrüglern« warnten. Der Umgang mit den Flüchtlingen stellt die Bundesregierung – genau wie beim Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – auf die Probe: haben wir aus den Fehlern gelernt?

Für die Ausstellung »Flüchtlinge in NRW« wird die Lebenswelt der Asylsuchenden fotografisch erfasst. Indem die Situation von Menschen mit prekärem Aufenthalt gezeigt wird, soll über Abschiebung informiert und die Debatte versach-

licht werden. In die Erstellung der Ausstellung sind Studierende aus verschiedensten Richtungen einbezogen, um verschiedene Zugänge zu dem komplexen Thema zu finden.

»Die Betrachtung von Flüchtlingen in der Öffentlichkeit ist eher negativ geprägt. Wir wollen dem entgegenwirken.«, erzählt Birgit Naujoks, die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats über die Motivation zum Projekt. »Wir merken bei unserer täglichen Arbeit, dass das Thema Flucht in Deutschland oftmals einseitig behandelt wird; Die schwierige Situation von Flüchtlingen und ihre prekären Umstände werden nicht thematisiert. Dank des u.a. durch die Stiftung geförderten aktuellen Projekts wollen wir auf andere Weise auf die Situation der Betroffenen in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen. Mit den üblichen Mitteln erreicht man Fachleute, aber wir haben die Hoffnung mit Fotografie und Bildern ganz andere Gruppen zu erreichen.«

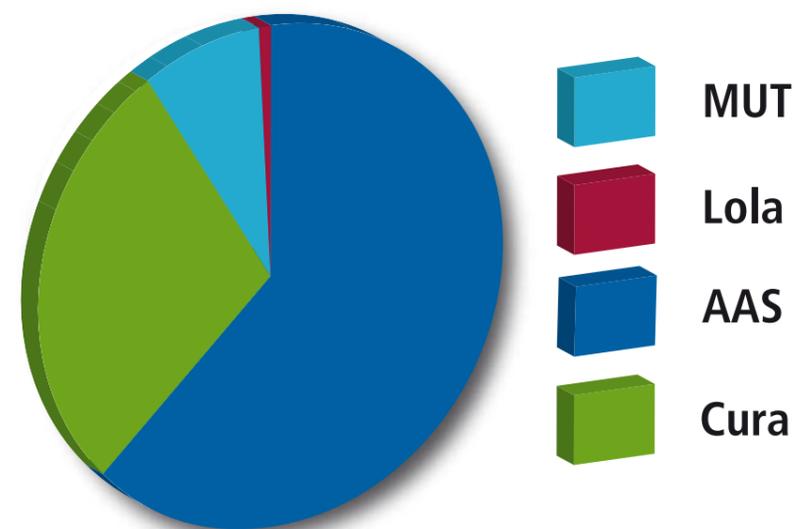
Das dokumentarische Fotografie-Projekt »Flüchtlinge in NRW« richtet sich an alle Teile der Gesellschaft, um möglichst breit zu informieren und sensibilisieren. Im Rahmen der Ausstellung sollen sich die Betrachtenden mit den Themen Flucht, Asyl, Abschiebung und Leben in Deutschland

auseinandersetzen können. Darüber hinaus knüpfen die beteiligten Studierenden direkten Kontakt zu Flüchtlingen und erfahren dadurch eine intensive Auseinandersetzung mit der prekären Lebenssituation Asylsuchender. Die Aufnahmen zeigen spontane Situationen oder auch symbolische Konstellationen.

Um die Ausstellung breit zugänglich zu machen wurde sich für eine eher unübliche Methode der Präsentation entschieden: Neben der Präsentation der Wanderausstellung sollen die Bilder auch auf Bannern, Plakaten und Planen zu sehen sein. Diese werden in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens ausgehängt und finden so in den öffentlichen Raum. Begleitet wird die Kampagne mit Informationsmaterial des Flüchtlingsrats zu Flüchtlingsschicksalen, Fluchtgründen und politischen und juristischen Dimensionen von Flucht. Damit öffnet sie den Weg zu einer sachlichen und vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik endlich auch einer breiten Gesellschaft – fern der aufgeheizten medialen Berichterstattung.

Von Jessica Lütgens
Fotos: © Patrick Skrypczak

FÖRDERBILANZ 2013



Über 50 Projekte, Initiativen und Einzelpersonen konnte die Amadeu Antonio Stiftung in 2013 bereits fördern. Eine Bilanz des ersten Halbjahres.

Es sind gerade die Initiativen vor Ort, die sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung einsetzen und die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft erheblich voranbringen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie nicht nur beratend, sondern auch finanziell bei der Umsetzung ihrer Ideen. Im Jahr 2013 konnten so bisher 53 verschiedene Initiativen und Einzelpersonen unterstützt werden.

Insgesamt wurden 35 verschiedene Projekte zur Stärkung einer demokratischen Kultur gegen menschenfeindliche Einstellungen mit 36.721,35 Euro gefördert. Neben der schwerpunktmäßigen Unterstützung von Initiativen, die alternativen zum rechten Mainstream aufzeigen, waren darunter zahlreiche weitere, die sich explizit mit der Lebenssituation von Flüchtlingen auseinandersetzen. Engagierte in Greifswald veranstalteten beispielsweise ein Fußballturnier von und mit Jugendlichen und Flüchtlingen aus der Region, wo die NPD wieder verstärkt Wahlkampf mit Überfremdungsängsten betreibt. Ein weiterer Schwerpunkt waren im ersten Halbjahr Projekte zur

Erinnerungskultur, wie die Lesung von Theodor Michael, der als Zeitzeuge vom Umgang mit Schwarzen Deutschen in der NS-Zeit berichtete und dieses lange vernachlässigte Thema ins Bewusstsein ruft.

Mit der Kampagne »Mut gegen rechte Gewalt«, die in Kooperation mit dem Magazin *stern* betrieben wird, wurden fünf besonders mutige, von Jugendlichen selbst ins Leben gerufene, Projekte mit 4.750,00 Euro gefördert. Im Rahmen des Projekts »Lola für Ludwigslust« wurde ein innovatives Projekt in einer Ludwigsluster Grundschule mit 360,00 Euro gefördert, bei dem auf spielerische Art und Weise insbesondere Mädchen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden, und so lernen sich sicher in Konflikte einzumischen und diese erfolgreich zu lösen. Mithilfe des Opferfonds CURA erhielten Betroffene rechter Gewalt in 13 Fällen Unterstützung in Höhe von 16.652,96 Euro.

Unser Dank gilt vor allem Ihnen als unseren Spenderinnen und Spendern, denn nur durch Sie können wir diese Vielzahl von Initiativen und Einzelpersonen unterstützen! Über Ihre weitere Unterstützung im laufenden Jahr und darüber hinaus freuen wir uns sehr – Vielen Dank dafür!

Von Anna Brausam

Allgemeine Projektförderung:	36.721,35 Euro	62,8 %
Lola	360 Euro	0,6 %
MUT	4.750,00 Euro	8,1 %
CURA	16.652,96 Euro	28,5 %

... bei Wolfgang Thierse

Wolfgang Thierse ist Bundestagsvizepräsident und seit ihrer Gründung 1998 Schirmherr der Amadeu Antonio Stiftung. Wir sprachen mit ihm über sein Engagement gegen Rechtsextremismus.

Was hat Sie dazu bewogen, 1998 Schirmherr der Amadeu Antonio Stiftung zu werden?

Als Bundestagspräsident bin ich immer wieder durchs Land gefahren, um Orte des Rechtsextremismus aufzusuchen und Initiativen und Menschen zu unterstützen, die sich wehren. Und weil es sich die Amadeu Antonio Stiftung zur Aufgabe gemacht hat, zivilgesellschaftliches Engagement für eine demokratische Kultur zu fördern und gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus zu kämpfen, war nichts naheliegender als die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Wie haben Sie das gesellschaftliche Klima in dieser Zeit empfunden?

Ich erinnere mich genau an mein Entsetzen, als die ausländerfeindlichen Ausschreitungen massiv zunahmen. Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen. Und ich dachte: das darf nicht der Preis der deutschen Einheit sein – dass Rechtsextremismus wieder lebendig wird. Dass die Gesellschaft nach einer kurzen Aufregung schnell wieder wegsah, erlebte ich, als ich bei meinen Besuchen in den Kleinstädten auf eine Unkultur des Schweigens traf. Ich wurde von Bürgermeisterinnen beschimpft und als »Nestbeschmutzer« bezeichnet, der das Problem erst mitbrachte. Obwohl rechte Übergriffe fast alltäglich waren.

Hat sich diesbezüglich etwas geändert?

Ich beginne mal mit dem Positiven: Ich glaube, dass kein Verantwortlicher mehr sagen kann, dass wir kein Rechtsextremismus-Problem haben. Das war vor 15 Jahren anders. Damals konnte man das noch bestreiten – obwohl es auch damals schon falsch war. Die Wahrnehmung dieser Herausforderung hat sich geändert; das Thema wird ernster genommen. Andererseits haben sich auch die Neonazis verändert: Ihr Erscheinungsbild ist nicht mehr das der Glatzköpfe mit Baseballschlägern. Sie sehen bürgerlich aus und inszenieren sich als Küm-

merer. Sie sind, noch mehr als wir damals gehäht haben, in die Mitte der Gesellschaft gerückt.

Wie sollte eine weitere Entwicklung des demokratischen Engagements aussehen?

Wir brauchen sowohl das alltägliche bürgerschaftliche Engagement als auch die Verantwortung der Politik, die die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen muss, damit solches Engagement möglich ist und stabil bleibt. Die Verstärkung der Förderung von Projekten ist daher von zentraler Bedeutung, damit das gesammelte Fachwissen nicht am Ende einer jeden Förderphase versandet. Zudem müssen die Mobilen Beratungsteams bestehen bleiben, weil sie flexibel und rasch auf Probleme reagieren. Wir brauchen eine größere Selbstständigkeit von Initiativen, damit sie nicht abhängig sind von der Willkür und den Vorurteilen der kommunalen Politiker. Ein Klima des Vertrauens gegenüber Initiativen ist essentiell, davon lebt Demokratie. Die Extremismusklausel ist ein Ausdruck von Misstrauen.

Was sind Ihrer Meinung nach die aktuellen Gefahren für eine demokratische Kultur?

Ich sehe zur Zeit zwei Gefahren für die Demokratie. Einerseits, dass Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit und Antisemitismus als unweigerliche Begleiterscheinung moderner widersprüchlicher Gesellschaften abgetan werden. Und andererseits, fast noch schlimmer, diese sich verbreitende Resignation, dass die Demokratie gar nichts ausrichten könne. Demokratie lebt davon, dass Bürger sie in Anspruch nehmen und sich in ihr engagieren!

Wie haben Sie persönlich Demokratie gelebt?

Als Bundestagspräsident war es mir immer wichtig, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf demokratisches Engagement, aber auch die Gefahren zu lenken. Ich habe mich an Anti-Nazi-Demonstrationen beteiligt, denn wenn ich von anderen Zivilcourage verlange, kann ich mich nicht in die Büsche schlagen.

Sie haben in Ihrer Laufbahn auch oft Kritik für Ihre Sitzblockaden einstecken müssen.

Dass mich immer wieder CDU-Politiker wegen



meines Engagements gegen Rechtsextremismus zum Rücktritt aufgefordert haben, ist schon entlarvend. Ich habe nicht gegen Gesetze verstoßen, sondern mein Demonstrationsrecht in Anspruch genommen. Denn ich habe auch als Parlamentarier die gleichen demokratischen Rechte und Pflichten wie jeder andere Bürger.

Es gibt immer wieder Menschen, die schon lange basisdemokratische Arbeit leisten – aber resignieren. Was geben Sie ihnen mit auf den Weg?

Ich habe immer wieder versucht auch für die Mühseligkeiten des grauen Demokratiealltags zu werben, der schweißtreibend und enttäuschungsbehaftet sein kann. Enttäuschungen hält man schwer aus, wenn man alleine ist. Demokratie lebt von wechselseitiger Unterstützung und Motivation. Wenn man beschimpft wird, braucht man das Lob von anderen. Auch dafür war und ist die Amadeu Antonio Stiftung ein wichtiger Partner der Initiativen vor Ort, die oft mit Gegenwind zu kämpfen haben.

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Robert Lüdecke

IHRE SPENDE STÄRKT DIE DEMOKRATIE VOR ORT!

Seit ihrer Gründung konnte die Amadeu Antonio Stiftung mehr als 700 lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fördern. Mit Ihrer Spende helfen Sie uns dabei, dieses Engagement auf ein sicheres Fundament zu stellen.

Spendenkonto: GLS Bank | BLZ 430 609 67 | Konto 600 500 0000

Bitte beachten Sie unsere neue Kontoverbindung. Das bisherige Konto bei der Deutschen Bank bleibt weiterhin erhalten und kann ebenfalls für Überweisungen verwendet werden. Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Die Stiftung sendet Ihnen eine Spendenquittung zu, bitte geben Sie hierzu Ihre Adresse bei der Überweisung an.

I M P R E S S U M

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Robert Lüdecke
Mitarbeit: Assahli Alla, Anna Brausam, Susanna Harms, Carsten Jansen, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Esther Lehnert, Gesine Lenkewitz, Jessica Lütgens, Ulrich Overdieck, Heike Radvan, Jan Riebe, Timo Reinfrank, Alina Schittenhelm

Gestaltung: Design, Berlin
Druck: BildrDruck GmbH, Berlin
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.
© Amadeu Antonio Stiftung, Juli 2013